

Bezugspreis:
Vierteljährlich
durch Boten 3,30 M.
Bei den Postanstalten
auktal. Beitragsgeld:
8 M.
Auflage täglich mit Aus-
nahme der Sonn- und
Feiertage.
Druck und Verlag
von H. Chr. Sommer,
Bad Ems.

Emser Zeitung



(Kreis-Anzeiger)

(Vahn-Bote)

(Kreis-Zeitung)

Preise der Einzelzettel:
Die einspaltige Kleinzeitung
der 100 Seiten 30 Pf.
Reklamezettel 90 Pf.

Schriftleitung und
Geschäftsstelle:
Bad Ems, Römerstr. 25.
Herausgeber Nr. 7.
Verantwortlich für die
Schriftleitung:
Rich. Hein, Bad Ems.

verbunden mit dem „Amtlichen Kreisblatt“ für den Unterlahnkreis.

Nr. 290

Bad Ems, Mittwoch, den 17. Dezember 1919

71 Jahrgang

Letzte Nachrichten.

Aus dem Untersuchungsausschuss.

Mr. Berlin, 16. Dez. In seiner heutigen Sitzung des 2. Untersuchungsausschusses, die mündlichen Vernehmungen in der Kammerwoche wieder aufzunehmen. Nach der Klärung der Unstimmigkeiten, die sich aus den bisher erfolgten Aussagen ergeben haben, wird die Wilsonaktion am Ende geprüft werden. Im Anschluß daran sollen die Friedensverhandlungen 1917 zur Behandlung kommen. Die Veröffentlichung von Alten zur Wilsonaktion, den diplomatischen Vertrag Berlin-Washington und die Entstehung des Friedensangebotes betreffend, wird noch vor Weihnachten erfolgen. Die Dokumente erscheinen als Einlage zu den ethnographischen Berichten des Ausschusses. Die Entscheidung auf den Einpruch, höchstens wurde festgelegt. Sie wird nach erfolgter Entstehung bekannt gegeben.

Die Verhandlungen mit der Entente.

Mr. Paris, 16. Dez. Paris. Die alliierten und die deutschen Sachverständigen trafen heute nachmittag 4 Uhr in der „Maison de la Presse“ in der Zahl von 20 zusammen, um über Kompensationen der in Spanien vertriebenen Staaten zu beraten. Den Vorsitz führte Voucheur.

Die Friedensverhandlungen

Die deutsche Abordnung, die mit der Führung der zu erwartenden Verhandlungen über die Unterzeichnung des Versaippotolls betraut ist, begab sich am Sonntagnachmittag nach Paris. Sie besteht ausschließlich aus Sachverständigen, und zwar aus dem Geheimrat Seliger, dem Vertreter der Schifffahrtsinteressen im Auswärtigen Amt, ferner aus einem Bremer Sachverständigen für Werften, einem Hamburger Sachverständigen für Reederei, einem Arbeitervertreter, nämlich Paul Müller, einem Vertreter des Wasserbaus, außerdem Sachverständigen für Fahrwasserlinien und einem Martinsschmann.

Die Londoner Konferenz hat dazu geführt, daß ein Rat von zehn Mitgliedern gebildet wurde. In diesem Rat traten als Mitglieder auf: Lloyd George, Curzon, Balfour und Chamberlain für England, Clemenceau, Bonar, Voucheur und der französische Vorsitzende in London für Frankreich, Schalopu und der italienische Vorsitzende in London für Italien. In einer Beratung von französischen und britischen Staatsmännern wurde die französische Valuta behandelt. Eine amtliche Erklärung über die Konferenz sagt: Clemenceau ist auf Einladung der britischen Regierung nach London gekommen, um mit dem Ersten Minister und dem Minister des Auswärtigen Verhandlungen über verschiedene Fragen abzuhalten, die England und Frankreich betreffen. Weil diese Fragen sich auf wirtschaftliche und finanzielle Gebiete beziehen, wohnt auch der Minister Voucheur der Konferenz bei. Der Erste Minister hat die Anwesenheit des italienischen Ministers des Außenhandels Schalopu in London dazu benutzt, um auch über die Adriafrage Gedanken auszutauschen. Der amerikanische Gesandte war dabei anwesend. Der japanische Vorsitzende hat sich auch an der Konferenz beteiligt, insofern wie sie mit der russischen Frage beschäftigt. Weiter werden in dieser Konferenz verschiedene internationale Fragen behandelt, besonders der Friede mit der Türkei. In allen Fragen wurde eine völlige Übereinstimmung erzielt. Ministerpräsident Clemenceau erklärte sich sehr befriedigt über die Verhandlungen. Unter den wirtschaftlichen Fragen sei die Schleifkrise der gegenwärtig eingehender Diskussion gewesen. England hat die Lieferungen von bestimmten Rohstoffen an Frankreich formell zugesichert. Um dem Rückgang des französischen Kurzes in England Einhalt zu gebieten, zeigt sich die britische Regierung einer in England unterzubringenden französischen Anleihe von 5 bis 6 Milliarden gezwungen. Der wichtigste Beschluß verleiht sich auf die Beibehaltung eines interalliierten militärischen Organismus, der nicht nur die Ausführung des Friedensvertrages sichern, sondern auch alle Maßnahmen zu fordern hat, welche die künftige Haftung Deutschlands nötig machen sollten. Marshall Foch werde die Leitung dieses Organismus übernehmen. Die durch die Verzögerung in der Rücksichtnahme in Amerika gescheiterte Lage sei gleichfalls ins Auge geaßt worden. Geran festgelegt habe man die Stellung der Alliierten gegenüber Russland. Die Entente wird der Sowjetregierung kein Friedensangebot machen, aber sie sei sich auch veranlaßt, die ferne Unterstützung der bolschewistischen Elemente einzurichten, deren Bestrebungen sie jedoch aufmerksam verfolgt. Der Zusammenschluß der beiden Völker sei für die Zukunft des Friedens bedeutungslos.

Die Heimkehr der Kriegsgefangenen.

Einmalige Familienhilfe. Die Reichsregierung hat sich in den letzten Tagen wiederum mit der wirtschaftlichen Lage der Angehörigen der Kriegsgefangenen beschäftigt. Das Ergebnis war, daß den unternützungsbedürftigen Ehefrauen eine einmalige Zuwendung bis zu 200 Mark und der gleiche Betrag für jedes Kind durch Vermittlung der die Auszahlung der Familienunterstützungen besorgenden Stellen gezahlt werden wird. Auch die jungen Angehörigen der Kriegsgefangenen sollen eine einmalige Hilfe bis zum Betrage von 200 Mark erhalten, soweit sie nach den bestehenden Grundsätzen bereits die Familienunterstützung erhalten und demnach als bedürftig anzusehen sind. Die Auszahlung der Gelder wird möglichst noch vor Weihnachten erfolgen.

Freigabe der Österreichischen. Aus Paris wird gemeldet: Der österreichische Vertreter in Paris erbat in

einer Note vom 8. Dezember bei der französischen Regierung die Befreiung der österreichischen Kriegsgefangenen. In einer um zwei Tage später datierten Note teilte der französische Ministerpräsident mit, daß die Regierung entschieden habe, die Maßnahme zugunsten der österreichischen Gefangenen zu treffen und ihre Befreiung noch vor dem Inkrafttreten des Friedensvertrags zu genehmigen. Den französischen Behörden wurden Befehle erteilt, die Heimhaftung der Kriegsgefangenen so rasch wie möglich zu beginnen.

Die besetzten Gebiete.

Rücktritt des Pfälzer Präsidenten. Der Chemiker Dr. Haas in Landau, der sich bekanntlich am 1. Juni in Speyer zum Präsidenten der freien Republik Pfalz gemacht hatte, veröffentlicht nunmehr in der Pfälzischen Post eine Erklärung, die besagt, daß Haas, nachdem er von Seiten der Anhänger seiner politischen Vereinigung im Lande nicht die allgemein notwendige und notwendige Unterstützung gefunden habe, die politische Tätigkeit aufgegeben und sich wieder ganz seinem Berufe widmen werde. Haas verzichtete dabei nicht zu betonen, daß er aus rein idealen Gründen gehandelt habe, und zugunsten einer freien Republik Pfalz im Zukunftsvorstand eines selbständigen deutschen Rheinlandes vertraglich große persönliche Opfer gebracht habe. Der Rücktritt des Herrn Haas von seinem Unternehmen ist, wie der R. B. geschrieben wird, als unumwundenes Eingeständnis dafür anzusehen, daß dies an der treuen deutschen Bevölkerung der Pfälzer gescheitert ist.

Sonntagsverkehr. Die Eisenbahnrektion Mainz hat auf mehrfache Vorstellungen aus der Geschäftswelt, der Presse usw. den Sonntagsverkehr wieder freigegeben. Es werden Fahrkarten an jedermann verkauft, ohne daß eine Bescheinigung vorgelegt wird, mit der einzigen Bedingung, daß der verfügbare Platz als Maßstab gilt. Eine Vermehrung der Zugzahl findet nicht statt. Die Freigabe des Fahrkartenverkaufs an Sonntagen ist als dauernde Einrichtung anzusehen, nicht nur für die Sonntage vor Weihnachten.

Gegen die Aussicht von Lebensmitteln. Um den Schwierigkeiten der Lebensmittelversorgung der Rheinländer zu begegnen, hat die Interalliierte Kommission der Rheinländer folgende Maßnahme angeordnet: Den deutschen Lebensmittelstellen und dem Grenzollamt wird strengste Anwendung zur genauesten Anwendung der deutschen Verordnungen über Ausfuhr von Lebensmitteln gegeben. Die bürgerlichen Behörden der Grenzgemeinden haben außerdem Befehl, die die Grenze berührenden Strafen zu erhöhen und werden dafür verantwortlich gemacht, daß die getroffenen Maßnahmen wirksam angewandt werden. Die an der Grenze befindlichen militärischen Überwachungsstellen können Befehl erhalten, den Durchgang aller Lebensmittel über die Grenze zu verhindern. Besuch der bürgerlichen Behörden zwecks Vergleichung ihres Lebensmittelkontrolls können unterstützt werden. Die Verantwortung für die Ausführung der deutschen Lebensmittelgesetze ruht auf den bürgerlichen Behörden, und die Behörden der Verbündeten verlangen und treffen die nötigen Maßnahmen, um sich zu gewissermaßen, daß diese Gesetze tatsächlich und vollständig angewandt werden. Wenn ein deutscher Beamter seine Pflicht nicht gewissenhaft und durch alle in seiner Macht stehenden Mittel erfüllt, wird von den verbündeten Behörden seine Absetzung verlangt.

Die Kohlenverteilung. Nach einer Meldung der Zeitung Amarcia soll in Koblenz eine besondere Abteilung der deutschen Kohlenbehörde eingerichtet werden, die die volle Verfügung über die Verteilung von Kohlen im besetzten Gebiet haben soll unter Aufsicht der Verbündeten. Der Reichskohlenkommissar wohnt am Sonntag einer Beratung der Verbündeten bei, nachdem am Freitag der Vertreter der Vereinigten Staaten bei der Kommission, Noyes, in Bonn mit 43 Beamten und Direktoren von Kohlenbergwerken beraten hatte. Solche Zusammensetzung sollen jede Woche in Bonn stattfinden. Verprochen wurde auch die Arbeitszeit der Kohlenbergleute.

Deutschland.

Die Beilegung der preußischen Krise. In der am Samstag abgehaltenen Sitzung des preußischen Staatsministeriums wurde unter anderem die durch den Schmidsfeld entstandene Lage besprochen. Es herrsche Einstimmigkeit darüber, daß es wünschenswert sei, zunächst eine Störung der aufgeworfenen Frage herbeizuführen, insofern die strittigen Bestimmungen der Novelle zum Schulunterhaltungsgesetz mit der Reichsverfassung in Einklang zu bringen sind. Dabei wurde insbesondere hervorgehoben, daß der vorliegende Gesetzentwurf schon im Sommer dieses Jahres vor Beratung der Schulparagrafen der Reichsverfassung im preußischen Staatsministerium verabschiedet und der Landesversammlung vorgelegt worden sei. Über die Notwendigkeit einer baldigen Verabschiedung der übrigen Paragraphen des Gesetzes herrsche allgemeine Übereinstimmung.

Rücktransport der Balkentruppen. Die Eisenbahn bis zur deutschen Grenze wurde den Balkanern übergeben. Die deutsche Legion ist vollständig diesseits der Grenze. Der Balkantransport ins innere Deutschland begann am Montag. Von der Eisenen Division sind nur noch schwache Abteilungen jenseits der Grenze, die am Montag die Grenze überschreiten sollten. Der Abtransport der Eisenen Division ins innere Deutschland soll nach einigen Rücksätzen beginnen.

Das Betriebsrätegesetz. Die Regierung hat sich, wie sie erklären läßt, damit abgefunden, daß das Betriebsrätegesetz erst nach dem Weihnachtsfest von der Nationalversammlung verabschiedet wird. Sie hat ihren und der Mehrheitssozialdemokratie Wunsch, den Arbeitern ein „soziales“ Weihnachtsgeschenk zu überreichen, notgedrungen

zurückstellen müssen, da die endgültige Fassung des Textes zu viel Zeit und Arbeit beansprucht, als daß das Gesetz noch vor Weihnachten hätte verabschiedet werden können. Im übrigen ist die Regierung sehr zuversichtlich über das Schicksal des Betriebsrätegesetzes, da, wie sie behauptet, innerhalb der Mehrheitsparteien eine vollständige Mehrheit einstimmung über Inhalt und Text des Gesetzes erzielt worden sei. Dem Arbeiterrat der Reichsdruckerei ist eine Versetzung des Reichspostministers zugestellt worden, derzufolge Reichsmittel für die Unterhaltung des Arbeiterrates nicht mehr zur Verfügung gestellt werden können und daher die Zahlungen sofort einzustellen sind. Hierzu ist, wie die Freiheit mitteilt, die 8000 Mann starke Belegschaft der Reichsdruckerei Dienstag morgen zunächst in passive Resistance eingetreten und droht, falls die Verfügung nicht zurückgezogen wird, die Arbeit überhaupt einzustellen. Da sich der Reichspostminister zu Verhandlungen bereit erklärt hat, wird der Streitbesluß voreilig nicht durchgeführt werden. Es ist anzunehmen, daß ein Vergleich zustande kommt.

Der Volksrat von Thüringen. dem 89 Abgeordneten aus den Thüringer Staaten angehören, wurde am Dienstag nach Weimar zur ersten Sitzung einberufen. Unter den Regierungsvorlagen ist die wichtigste, die über die Vorbereitung der Verfassung des Gesamtstaates Thüringen.

Forderungen des Deutschen Beamtenbundes. Der Gesamtvorstand des Deutschen Beamtenbundes fordert eine sofortige Erhöhung der laufenden Beurlaufzulagen um 150 v. H. unter gleichzeitiger Beseitigung der Unterscheidung nach Teuerungsbezirken und Sozialklassen sowie Gleichstellung der Bediensteten mit den kinderlos Verheirateten. Für die Neugestaltung der Bevölkung wird der Gesamtvorstand unter anderem folgende Richtlinien aufgestellt: Die Beamtenlaufbahn ist eine einheitliche, mit besonderer Zulassung möglichste zu beim Nachweis höherer Befähigungen. Jeder Beamten ist der Aufstieg bis zu den höchsten Stellen zu ermöglichen. Die Dauer der nicht planmäßigen Anstellung ist zu verlängern. Die planmäßige Anstellung hat gleichmäßig, spätestens nach fünfjähriger Beauftragung, zu erfolgen. Alle Stellen für die ein dauerndes Bedürfnis besteht, sind mit planmäßig angestellten Beamten zu besetzen. Bei der Festsetzung der Gehälter sind die allgemeinen wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse, die Lebenshaltung verwandter sozialer Bevölkerungsschichten und die Schwierigkeiten der Bevölkung zu berücksichtigen. Eine Neuregelung der Gehälter soll alle drei Jahre stattfinden. Der Ausgleich innerhalb dieser dreijährigen Fristen hat durch besondere Teuerungszuschläge zu erfolgen. Das Einkommen ist an allen Orten gleich abzuziehen vom Wohnungsgehalt, das nach Ortsklassen abzustufen ist. Eine Verkürzung des Familienstandes auch durch Kinderzulagen wird abgelehnt. Die notwendige Fürsorge für kinderreiche Familien hat außerhalb der Beamtenbevölkerung zu geschehen. Die Anfangsgehälter sind so zu bemessen, daß eine frühzeitige Scheidung ermöglicht wird. Die Beamtengruppen sind in zehn Gehaltgruppen einzuteilen unter Berücksichtigung des Grundsatzes: „Gleiche Leistung, gleiche Bezahlung“.

Das deutsche Danzig. Bei den Wahlen zur Stadtvorberatungswahl wurden in 132 Bezirken insgesamt 89 000 Stimmen abgegeben. Daraus entfielen auf die Deutsche Partei 18 351 Stimmen, gefolgt von den Abgeordneten, Polen 7391 Stimmen, 5 Abgeordnete, Vereinigte sozialdemokratische Partei 26 854 Stimmen, 20 Abgeordnete, Sozialdemokratische Partei 11 271 Stimmen, 8 Abgeordnete, Deutsche demokratische Partei 12 032 Stimmen, 9 Abgeordnete, Wirtschaftliche Vereinigung 13 101 Stimmen, 10 Abgeordnete. Wenn die Deutschen sich nicht in fünf Parteien zerstreut hätten, wären die Polen auch nicht 5 von den 60 Mandaten erhalten haben. Die neue Stadtvorberatungswahl besteht auch als Parlament des neuen Freistaates bestehen bleiben.

Die Sparprämienleihe.

Wie das Wolff-Büro meldet, beträgt das Ergebnis der Bezeichnungen, soweit es sich nach den bisher eingetragenen Zeichnungsanträgen feststellen ließ, rund 3,8 Milliarden Mark. Es wird sich aber voransichtlich noch durch aus dem Ausland eingehende Bezeichnungen erhöhen. Ein abschließendes Ergebnis kann erst nach dem Ende dieser Woche zu erwarten sein, beläufig geben werden. Besonders hervorzuheben ist, daß die ausgedehnten Bezeichnungen, die Ende dieser Woche zu erwarten sind, bekanntlich die außerordentlich große Anzahl Neuer Zeichner aus 1 und 2 Stücken. Die Anzahl dieser Zeichner beträgt beim Kontor der Reichsbank für Wertpapiere allein 7 v. H. der Anzahl der Gesamtzeichner dort. Falls durch nachträgliche eingehende Bezeichnungen der Betrag von 4 Milliarden nicht erreicht wird, wird das Reich die Summe, welche zum Bezeichnungsergebnis von 4 Milliarden fehlt, selbst zeichnen, um so mehr, als nicht unbeträchtliche Anzahlneuaus dem Auslande in Aussicht gestellt werden. Die Reihe der Sparprämienleihen wird nicht ausgesetzt und entfällt für die Bezeichnungen.

Deutsch-Österreich.

Die erste Hilfe für Wien. Wie der Vorstand von Herzog meldet sind Samstag abend die ersten 18 Waggon deut. Weis. in Wien eingetroffen. Bis Montag abend hat sich die Menge auf mehr als 600 Tonnen erhöht.

Elsaß-Lothringen.

Neue Petroleumquelle im Elsaß. Léonard, Generalkonsul für Betrieb- und Dienststoff, wurde soeben durch den Generaldirektor der Petrolisationsen von Pechelbronn (Elsaß) benachrichtigt, daß durch eine Bohrung in einem noch wenig ausgebeuteten Gebiet der Konzession eine neue Petroleumquelle entdeckt wurde, die ein tägliches Quantum von 30 Tonnen liefert.

Frankreich.

Der direkte Telegrammverkehr mit dem unbesetzten Deutschland soll wieder aufgenommen werden. Die Telegrammtaxe für ein Telegramm soll 90 Centimes betragen.

Aus Provins und Nachbargebieten.

11: Holzappel, 15. Dez. Im Gasthaus „Zum deutschen Haus“ fand hier eine landwirtschaftliche Versammlung statt, die überaus zahlreich besucht war. Nach Eröffnung und Begrüßung durch den Vorsitzenden der Ortsbauernschaft Holzappel, Landwirt Wilh. Schlaun, ergriff Dr. Hörny von der Landwirtschaftskammer Wiesbaden das Wort zu einem Vortrag über Zweck und Ziele der Bauernschaften und gab ein klares Bild über den gegenwärtigen Stand des landwirtschaftlichen Organisationswesens, das sich seit Kriegsende über unser ganzes Land ausgedehnt hat, insbesondere der öffentlich-rechtlichen Verwaltungsstellen. Weiter kennzeichnete er die Ziele und Aufgaben einerseits der Bauernschaften und andererseits der jüngsten landwirtschaftlichen Bezirksvereine. Ferner erörterte Redner ausführlich den augenblicklichen Stand der Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und die Pflichten, die hierbei der Bauernschafts-Organisation obliegen. An den Vortrag, welcher reichen Beifall fand, schloß sich eine eingehende Aussprache, insbesondere über Viehhandelsverbund und Fleischwirtschaftsamt. Vorsitzender der Kreisbauernschaft, Landwirt Dederl-Dörnberg, berichtete eingehend über die seitliche Tätigkeit, sowie über die bis jetzt erzielten Erfolge der Kreisbauernschaft. Hierauf schloß der Vorsitzende der jüngsten Ortsbauernschaft die Versammlung mit der Aufforderung, überall wo es noch nicht geschehen, unverzüglich die Ortsbauernschaft zu gründen; Pflicht eines jeden Landwirt sei es, sich einzuschließen, mitzuhelfen und mitzuwirken zur Wahrung der berechtigten landwirtschaftlichen Interessen.

11: Limburg, 15. Dez. Die vom Magistrat gewünschte Einwohnerwehr wurde in einer aus allen Kreisen der Bürgerschaft und von zahlreichen Vertretern der Behörden besuchten Versammlung gegründet, nachdem in Vorträgen die Notwendigkeit der Wehr und die Sicherstellung ihrer Mitglieder dargelegt worden waren.

11: Frankfurt a. M., 15. Dez. Als der 33jährige Maurer Simon Ochs, einer der Hauptplünderer vom 31. März durch Stock des Hauses Driener Gasse 22 auf die Straße. Hier blieb er mit zerschmetterten Gliedmaßen liegen. — Bei einem hiesigen Althändler wurde ein kostbarer Gobelinschrein gefunden, der einem Dieb wohl in dem Gutten Schloß entnommen und von den Dieben in einer badischen Stadt versteckt war. Der Frankfurter Händler hatte den Gobelinschrein, der einen Wert von 20000 Mark besitzt, von dort für 70000 Mark erworben. Er muß neben dem Gobelinschrein nun auch noch den Verlust des Geldes einbüßen.

11: Frankfurt a. M., 15. Dez. Seit Montag machen sich unter den Kriegsbeschädigten und Arbeitslosen Zeichen beginnen der Hunger und Unruhen bemerkbar, die am Dienstag zu tumulten im Rathaus ausarten. Hierbei wurde Bürgermeister Dr. Uppen, als er die gesonderten Wirtschaftshilfen nicht ohne weiteres bewilligen wollte, von der Menge so lange festgehalten, bis er durch Polizei und Reichswehr befreit wurde. Auch vor der Kriegsbeschädigten-Bürogebäude gab es wilde Auseinandersetzungen, wobei der Sekretär dieser Amtsstelle und Revolvern und Messern bedroht wurde. Zur sofortigen Niederoberung entstehender Unruhen liegen Polizei und Reichswehr in Alarmbereitschaft.

11: Wiesbaden, 15. Dez. Aus der Synagoge der kleinen Schmalbacherstraße stahlten Diebe 10 kostbare Gebetsmäntel.

11: Cassel, 15. Dez. Der 23jährige Offizierstellvertreter Ludwig Voigt aus Gernach (Dillkreis) ist von hier nach Unterschlagung von 16000 Mark lästig gegangen.

11: Bingen, 15. Dez. Die aus dem 17. Jahrhundert kommende katholische Kirche in Wallhausen ist vermutlich infolge Brandstiftung bis auf die Grundmauern niedergebrannt. Durch die große Hitze zerstörten auch die Glocken.

11: Gießen, (Oberhess.) 15. Dez. Auf Anordnung des Böddinger Kreisgeundheitsamtes mußte die hiesige Volksschule wegen der zunehmenden Diphtheritis-Epidemie geschlossen werden. Bis jetzt forderte die Seuche ein Todesopfer.

Aus Bad Ems und Umgegend.

11: Der Obst- und Gartenbauverein veranstaltete am Samstag seine alljährliche Verlosung. Sämtliche Mitglieder konnten bedauern, daß nur die Verlosung von Saatgut, die bei der jetzigen Knappheit an Samenreien sehr behaftig aufgenommen wurde. — Die Obstbauernschaft hat ihre Pflanzung gründlich durcharbeiten lassen. Sämtliche Baumreihen werden aufgegraben, eine Anzahl Bäume wurde verfertigt, so daß die ganze Anlage eine wesentlich besseres Bild darbot. Die Bäume haben für das nächste Jahr bereits gut angezeigt. Der Besuch soll unter Umständen noch vermehrt werden.

11: Der deutsche Metallarbeiterverband (freie Gewerkschaft) veranstaltete am Montag Abend eine Versammlung. Gewerkschaftssekretär Reuter aus Mainz schilderte das Leben und die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung, wie sie aus den Leistungen der freien Gewerkschaften, insbesondere des Metallarbeiterverbandes vor, während und nach dem Kriege hin. Als roter Faden zog durch den ganzen Vortrag das Werben für den Deutschen Metallarbeiterverband und eine Polemik gegen die anderen Verbände, insbesondere den Christlichen Metallarbeiterverband. Werbarbeiter Zöller, der die Versammlung leitete, brachte verschiedene Themen Angelegenheiten Mangel an Schranken und Waschgelegenheiten sowie Abwesen auf dem Blei- und Silberbergwerk, Lohnreduktion eines 67jährigen südtirolischen Arbeiters, der nicht mehr die Lohnung eines vollwertigen Arbeiters bekommen soll, zur Sprache. Dienstmann Zimmermann erörterte kurz die gewerkschaftlichen Verhältnisse in Ems. Im Schlussoptor bezeichnete der Referent sie von Werbarbeiter Zöller geschilderten Inhalten als gefährlich, im übrigen waren seine Ausführungen wieder eine kräftige Propaganda für die freie Gewerkschaft.

Eingesandt.

11: Dausenau, Wie man in unserem Orte der Abschließungssicht nachkommt und sich um das Wohl und Wehe seiner Mitmenschen kümmert, zeigt nachstehendes Bild. Seit Monaten ist es der hiesigen Bürgerschaft nicht mehr möglich, an die Verpflegungsberechtigten Einwohner, gleichwohl an alte und kranke Leute auch nur 1 Gramm Butter auszugeben. Wenn man bedauert, daß bei ungefähr 85 Kindleinaltern auch nicht einer den Weg zur Sammelstelle findet, so darf man sich nicht wundern über die Kuchäder oder Körbchen, die im Morgenraben oder beim Wundenschein nach Ems oder Nassau wandern, voll von feinsten Butterwaren zu dem Phantasiereise von 25 Mark je Pfund. Das man in Dausenau zu solch hohen Preisen noch alles haben kann, beweist die Tatsache, daß sogar Hamsterer von Köln und sonst wo weiß woher als gern gebrachte Wäste von den Büchern empfangen und oft Tage lang beherbergt werden. Dabei ist es mancher Mutter im Orte nicht möglich, für ihren armen Süßling auch nur 1/2 Ltr. Milch zu bekommen. Unter Androhung, denjenigen die Fleisch u. Butter-

forten zu entziehen, die keine Butter abliefern, werden in letzter Woche jede und schräge 2 Pfund Butter abgeliefert. Eine direkte Verhinderung aller Gesetze und Verordnungen. Auch mit der Dorfeselablieferung ist es im argen. Viele Familien haben noch nicht den geringsten Bestand im Keller. Im Frühjahr wenn dieselben 25—30 Pf. kosten, können die jetzt versteckt gehaltenen wieder zum Vorschein. Und da sind nun Leute dabei die Gemeindeinteressen vertreten und fürzlich bei den Gemeindewahlen den Himmel versprochen haben. Leider findet unser Bürgermeister, der den besten Willen hat jedem das seine zu geben, bei dieser Sorte keine Unterstützung. Warum wird hier nicht einmal gründlich aufgeräumt unter diesen Büchern? Es wäre die höchste Zeit.

Aus Diez und Umgegend.

Deutsche wahrt eure Rechte!

Die Gebiete, die Deutschland abtreten muß, Waren teilweise durch Abstimmung erhalten werden. Pflicht eines jeden Deutschen ist es, der in den Abstimmungsgebieten Schleswig, Schlesien, Ost- und Westpreußen beheimatet ist, sich in die Liste der Stimmberechtigten einzutragen lassen. Die Eintragung kann bis Freitag, den 19. Dezember 1919 auf dem Rathaus — Zimmer 5 — erfolgen.

Sitzung der Stadtverordneten

am Diez am 15. Dezember 1919.

Anwesend sämtliche Stadtverordnete, vom Magistrat Beigeordnete Heck und Schäfer.

Als Punkt 1 steht auf der heutigen Tagesordnung die Neuwahl der unbefoldeten Magistratsmitglieder. Die verschiedenen Parteigruppen haben sich auf eine gemeinschaftliche Vorschlag geeinigt, und so vollzieht sich die Wahl ziemlich schnell. Zu Beigeordneten wurden mit allen Stimmen gewählt die Herren Amtsgerichtssekretär Echardt (Dem.) und Stadtrevisor Stöhr, Gasteier (Soz.). Zu Erholungsräten bei e. Ausscheiden Architekt Birkenbach und Kriegsbeschäd. Nachbar. Als Schöffen wurden mit allen Stimmen die Herren Carl Fuchs (Dem.), Wilhelm Sturm (Soz.), Max Amelie, Barat (Centr.) und Dr. Schmidtborn (Volksp.) gewählt und zu Erholungsräten Franz Marie Ruth Wv., Chr. Schäfer, Peter Trink und Franz Tilla Müller Wv.

Am Punkt 2a, Neuwahlung der Besoldung der Beamten und Angestellten der Stadt, ergriff Stadtr. Vorst. Thomas als Vorsitzender der Finanzkommission, die sich in zwei Sitzungen, bei denen der Stadtrechner und vom Magistrat Beigeordnete Schäfer zugriffen waren, eingehend mit der Magistrat-Vorlage beschäftigt hatte. Bericht. Die Finanzkommission stimmte die Vorlage mit einigen Änderungen zu.

Zu b hat die Finanzkommission über die Beschaffungsbeihilfen für die städt. Arbeiter, Handarbeiter und Handarbeitslehrerinnen beraten und eine hierzu Stellung nehmende Magistratsvorlage bearbeitet. Der Magistrat hatte für jeden städt. Arbeiter, der ständig in städt. Diensten ist, 300 Mark vorgesehen. Der Finanzausschuss hat dies abgeändert auf 200 Mark für sämtliche Beschäftigte und 100 Mark für städt. Postarbeiter, außerdem für jedes Kind unter 15 Jahren 50 Mark. Dies alles bedingt wieder eine bedeutende Mehrebelastung der Stadt, und die vom Magistrat aufgestellten Berechnungen zur Deckung sind damit wieder über den Haufen geworfen. Im ganzen sind 55 380 Mark zu decken, und dies muß durch einen hundertprozentigen Zuschlag zur Einkommenssteuer 1919, welcher nachgeholt werden muß, geschehen. Hierbei sollen die Einkommen bis 1200 Mark frei eben. Kripplich sollten die Einkommen bis 1500 Mark frei bleiben. Die Finanzkommission glaubt auf 1200 Mark herumrechnen zu können, da die Veranlagung nach dem Satz von 1918 geschieht und bis jetzt doch eine wesentliche Verschiebung im Einkommen stattgefunden hat. Bei der Steuerfreiheit bis 1200 Mark würden von 1175 Steuerzahlern unserer Stadt immer noch 533 Steuerpflichtige freibleiben. Stadtr. Schäfer (Soz.) beantragt für seine Fraktion die Rückerhebung nach den Grundzügen der progressiven Veranlagung stattfinden zu lassen, und macht den Vorschlag, bei einem Einkommen von: 1200 bis 3000 Mark 50 Proz., 3000 bis 6500 Mark 100 Proz., 6500 bis 8000 Mark 125 Proz., 8000 bis 15 500 Mark 130 Proz., 15 500 bis 18 500 Mark 140 Proz., über 18 500 Mark 150 Proz. zu erheben. Stadtr. Schmidt (Dem.) wünscht Einkom. 1 bis 1500 Mark steuerfrei zu lassen, von 1500 bis 3000 Mark evtl. unter den Antrag Schäfer zu gehen, von 3000 Mark ab über 100 Proz. durchgehend zu erheben. Bis zu einem Einkommen von 3000 Mark treffe man alle die kleinen Rentner dabei, denen die Zahlung schwer fallen würde. Stadtr. Huhn (Dem.) ist anderer Ansicht als Schmidt und weiß daran hin, daß die staatliche Veranlagung ja doch schon vorgeholt sei und von 1500 Mark ab die nächste Erhöhung der Einkommen stattgefunden habe. Stadtr. Ringshausen (Dem.) ist der Meinung, daß man ja die Sätze von 1200 bis 1500 Mark einmal durchsetzen wolle, um wo Härten entstehen würden, die Veranlagung fallen zu lassen. Stadtr. Schäfer (Soz.) verteidigt seinen Antrag. Stadtr. Dinslage (Centr.) bitte, dem Antrag Schäfer zuzustimmen, da es den kleinen Einkommen schwerer fallen würde, die Steuern zu bezahlen, als den großen. Stadtr. Gasteier (Soz.) gibt Erklärungen über die progressive Besteuerung, die auch in anderen Städten eingeführt worden und gerechtlich geregelt sei. Stadtr. Neusch (Volksp.) steht dem Antrag Schäfer sympathisch gegenüber, da damit jeder nach seinem Teil etwas zur Deckung der Finanzierung beitragen könnte. Stadtr. Petzschull (Volksp.) beantragt, die Sätze zur eingehenden Beratung der Finanzkommission zu übertragen. Es wird zuerst über den Antrag der Finanzkommission, Besteuerung mit 100 Prozent unter Fixierung bis 1200 Mark, abgestimmt und der Antrag abgelehnt. 2. Der Antrag über die Beschaffungsbeihilfen der städt. Arbeiter, Handarbeiter und Handarbeitslehrerinnen mit Errechnung einer Schuldienststelle angenommen und den Antrag Petzschull stattgegeben.

Der Punkt 3, Errichtung einer Heizflusheizung im Polizeigebäude des Krankenhauses hat die lehre Stadtverordnetenstiftung schon lange und eingehend beschäftigt, ohne daß ein Resultat erzielt worden wäre. Heute erstatte für die Baukommission Stadtr. Barat Amelie (Centr.) Bericht. Die Baukommission konnte ebenfalls, als getreues Spiegelbild der Stadtverordnetenversammlung, keine Einigung in der Frage erzielen. Stadtr. Amelie behandelt nochmals alle „Für und Wider“ der Heizflusheizung, kann aber die Mehrheit nicht für die Errichtung gewinnen. Nach einiger Debatte wird der Magistratsantrag abgelehnt. 4. Einführung der Grundsteuerbesserung auf Grund des Gesetzes vom 12. 9. 19 anstelle der jetzigen Umsatzsteuer beim Eigentumsübergang von Grundstücken.

Das Reich hat eine Grundsteuerbesserung in Höhe von 5 % eingeführt, wovon unbedingt 4 Proz. an das Reich zufließen, die übrigen 1 Proz. an Länder und Gemeinden. Stadt erhebt Anspruch auf 1 Proz., welches ungefähr denselben Betrag abwirkt wie die jetzige Umsatzsteuer. Sache ist jetzt dringend geworden, da sonst die Stadt längst nichts zu bekommen. Der Antrag wird daher ohne Debatte angenommen.

Der Punkt 5 wird die Vergrößerung für Haltung der Gemeindebezirke bodes an den Böchalter Fischerei-Freilandz. von 130 auf 200 Mark erhöht.

Der Betrag von 40 Mark für Aufnahme eines Käfigs im Hoteladresbuch, welches in Köln-Lindenthal scheint, wird unter Prakt. 6 bewilligt. Die Befreiung der Förderung des Freudenverkehrs in unserem südlichen Bezirk wird bestätigt.

Unter Mitteilungen berichtet Beigeordnete (Sanitätswesen) über die Eröffnung einer Volksschule durch die französische Behörde für die von der Besetzung alles gesetzliche, Lebensmittel, Personal usw., und die täglichen Personen mit Mitteln versorgen soll. Die Einrichtung ist bis in Tätigkeit getreten.

Die französische Militärabteilung (Sanitätswesen) die Stadt herangetreten zwangs Nebenläufigkeit sämtlichen der ehemaligen Militärabteilung zu. Rätselhaften Vertretern der Stadt und dem französischen Generalrat und dem Chefarzt der französischen Militärabteilung fortzufinden. Die Belegung soll vertraglich festgestellt werden, und es ist ein Entwurf der Stadt schon vorbereitet. Beigeordnete Heck gibt ein bekannt. Da er abgeschlossen werden muß, bittet er, die Ordnungen beschließen und darüber zu verhandeln. Der Tringlisch-Beitrag wird herbeigeführt und über den Vertrag verhandelt. Die Interessen der Stadt werden darin gewahrt und die Abschließung genehmigt.

Der Punkt 6 macht Stadtr. Vorst. Thomas (Mitteilung) die Arztsfrage des Krankenhauses. Es ist zu dieser in die Leidenschaft gedrungen und hat viel aufgewirkt, sodass die Stadtverordneten unbedingt eingetragen werden müssen. Der Magistrat beantragt hierzu den Abschluß der Leidenschaft. Dem widerspricht Stadtr. Schmidt (Dem.) und Stadtr. Schäfer (Soz.). Der Stadtr. Schmidt verteidigt daran, daß er nichts zu bedenken habe, es aber im Interesse der Arzte halte, wenn Leidenschaft ausgeschlossen werde. Bei einer diesbezüglichen Abstimmung ist die Mehrheit für Abschluß und Abschlußraum muß gerufen werden. Dem wird ein zahlreichen Bürgern nur widerwillig Folge geleistet, die Debatte im Raum ist wohl ebenso erhöht gewesen in der Versammlung. Aus dem, was wie gestern mitgedeutet, geht hervor, daß die beiden Krankenhäuser aufgelöst bzw. gekündigt werden sollen und eine neue neuengagierte werden soll (Magistrat antrag). Besleicht ist hier doch bald durch Zulassung der vollen Leidenschaft Ausklärung erzielt. Nach Wiederherstellung der Leidenschaft wurde bekannt gegeben, daß die Arztsfrage vor dem noch zu bildenden Kommission behandelt werden soll.

Stadtr. Dienenthal (Soz.) führt Kritik an der Lebensmittelverteilung, die in letzter Woche so reiche Lebensmittel auf einmal ausgeben sich, sodass es nicht möglich war, das ihnen Zustehende zu erledigen. Stadtr. Dinslage (Centr.) sagt, daß die Lebensmittelkommission jetzt über das wann und wie des Verteilens entscheiden werde. Stadtr. Schäfer (Soz.) spricht zu Kohlensfrage. Zahlreiche Familien der Stadt sind auf Kohlen, und es besteht keine Aussicht, bald Kohlen zu erhalten, da die Stadt keine hat. Es ist aber festgestellt, daß zahlreichen Häusern in letzter Zeit Kohlen entladen werden. Der Magistrat sagt Untersuchung zu. Stadtr. Schäfer antritt jedoch, sämtliche Kellereien auf Kohlenbestand zu prüfen und einen gerechten Ausgleich zu schaffen. Auch das sagt der Magistrat zu.

Hiermit war der Stoff bewältigt. Schluß der Sitzung um 8 Uhr neue Zeit.

Aus Nassau und Umgegend.

11: Die Freiwillige Feuerwehr hielt in der Löwenstadt ihre Hauptversammlung ab. Dabei legte der bisherige 1. Kommandant A. Wissler wegen hohen Alters sein Amt nieder. Bei der Erwahlung wurde Kamerad Emil Plant zum Kommandanten gewählt und als Führer der 1. Steigereinheit Kamerad Aug. Paul und dessen Stellv. Aug. Pratz. Herr Wissler wurde in Anbetracht seiner 28jährigen Mitgliedschaft und als Mitbegründer der Wehr zum Ehrenkommandanten ernannt. Weiter wurde beschlossen, im Laufe des Winters eine Familienabend abzuhalten.

11: Neben die Verwendung von Kuspidünger wird heute abends 8 Uhr, in der neugegründeten Einflas- und Abwasserfirma ein Redner der Verbandsgenossenschaft sprechen. Zum Besten der hiesigen Schwesternverein stand in der „Bellvue“ ein Saal bereit, welches von Dr. Banzelow mit ihren Schwestern, den Damen Dr. Valzer, Kuhn, Landau, Messinger unter Mitwirkung von Herrn Porzer Vic. Geist auseinander wurde. Die Zusammenstellung der Vortragsfolge besteht einen kleinen künstlerischen Geschmack, es waren Perlen der Kunst, die den zahlreich erschienenen Zuhörern geboten wurden und allzeitigen Beifall fanden. Die Besucher des Saals werden sich gerne des schönen Werks erinnern. Der Besitzerin, die ihren kostbaren Albgel zur Verfügung gestellt hatte und den Münzliebenden gebührt der wärmste Dank, und der Meister des Konzertes einer legendären Eintrittsgebühr. Die Besucher von Nassau und Umgebung zogen sich vom Saal ab.

11: Singen, 15. Dez. Anfolge Antrags der Kreisbauernschaft für den Unterlahnkreis und der Ortsbauernschaft Singen hielt der derzeitige Hauptgeschäftsführer der Landwirtschaftskammer für den Reg. Bezirk Wiesbaden, Dr. Hörny einen Vortrag, der den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens insbesondere der Landwirtschaft, in Verbindung mit den Schwierigkeiten und Sorgen der Volksernährung behandelt. Vortrag, der in der sehr stark besuchten Versammlung stattfand, lang dahn aus, daß angesichts der traurigen Lage, in der wir uns heute befinden, und im Hinblick auf das Wirtschaftsjahr 1920 alles auf größte Stärke und Heldenmut, landwirtschaftlichen Erzeugung ankomme. Die hiesige erbliebene der Redner in schleunigen Abreichen von der bisherigen Politik des gewaltbaren Niederschlags der Reichsregierung und Demoralisation des Landwirts. Der deutsche Landwirt, vor allem der deutsche Bauer muß wieder erjubeln und freudig gemacht werden. Die Entwicklung darf nicht so langsam wie bisher, doch nämlich die Kulturlandflächen der Region Hessen-Nassau in einem einzigen Jahre um 30 000 Hektar demgemäß der Ertrag um rund 1500 000 Ztr. (Das ist der

bedarf an Kartoffeln von 3 Großstädten) zurückgehe, sonst sei die furchtbare Hungersnot dem deutschen Volle für das nächste Jahr sicher. Die schweren Friedpolitischen Fehler der letzten Jahre, in denen Zwangsbewirtschaftung der Hauptnahrungsmitte verhältnisgleich gewesen sei, schilderte Dr. Hornig an der hand sprechenden Beispielen und warnte dringend, unter Hinweis auf Englands weitshauende Wirtschaftspolitik vor ihrer Weiterführung. Man müsse aufhören damit, daß man den Landwirten Abfall seines Brodtretedes, die Kleie, erheblich teurer beschaffen lasse, als ihm das doppeltwerte Betriebe vergütet werden sei, daß man es ihm überlässe, anstelle eines zum Höchstpreis für 900 Mark verkaufsten Stücks Schlachthirsch eine neue Stück für 2000 Mark wieder einzukaufen. Ein Saatgut- und ein Kunstmüllermittel bezeichnete der Redner als nötig. Die Einzelheiten hierüber wurden von ihm anschaulich und einleuchtend geschildert. Die großen Pflichten der Bauernschaften bei der künftigen Regierung der Volksversammlung wurden von Dr. Hornig auch besonders eingehend erläutert. Erst am späten Abend schloß der Vorsitzende der Ortsbauernschaft Singenholz die in diesem Einklang verlaufene Versammlung.

Zur Vermeidung weiterer Missverständnisse.

Um den zwanglosen Vorbehaltungen zur Einrichtung von Volksbildungskursen waren Mitglieder mehrerer, doch nicht aller beständigen Parteien beteiligt. Diese Zusammensetzung war eine zufällige, doch hätte es bei dem Antrag an die Stadtverordnetenversammlung auf Wahl eines Volksbildungsausschusses sicherlich Winnen, als handle es sich um die Bestrebungen einer abgeschlossenen Gruppe. Volksbildungshäuse aber steht über den Parteien. Daher wurde der Antrag, bevor er an die Stadt ging, von blauer unbeteiligten Kreisen mitgeteilt; für die „Freiwillige Vereinigung“ Herrn Sanitätsrat Dr. Meuser, für die Sozialdemokratie Herrn Postbeamten Lassine.

Rum aber Schluß! Dr. Hawichhorst.

Feinen alten Jamaica-Rum, französ. u. deutschen Cognac

empfiehlt

P. Vieck, Bad Ems.

Davoser Rodelschlitten Christbaumständer

in guter Ausführung.

empfiehlt

A. Zorn, Ems.

Todesanzeige.

In den Abendstunden des 15. Dezember 1919 verschied sanft nach einem Schlaganfall unsere liebe, gute Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Adolf Roth Wwe.

geb. Marie Linkenbach

im 72. Lebensjahr.

Bad Ems, den 16. Dezember 1919.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Heinrich Roth u. Frau Paula, geb. Haussmann.
S.-R. Dr. Stemmler u. Frau Minnie geb. Roth.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 19. Dezember, nachm. 3 Uhr von der Friedhofskapelle aus statt.

Todes-Anzeige.

Heute morgen 4 Uhr entschlief sanft nach langem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden, unsere herzensgute, treusorgende Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester u. Tante, Frau

Wwe. Christian Schäfer

Wilhelmine, geb. Schupp,

im 78. Lebensjahr.

Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen:
Carl Schäfer, Bäckermeister.

Bad Ems, Remscheid, Berlin, Cassel-Niederzwehren, den 16. Dezember 1919.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 19. ds. Mts., nachm. 2 Uhr vom Trauerhause, Coblenzerstraße 74, aus statt.

Holzabgabe.

Es sollen Maßnahmen getroffen werden, die darauf abzielen, alle Einwohner mit Brennholz aus dem Stadtwald zu versorgen. Es werden deshalb zu den Holzverkäufern Händler und auswärtige Käufer solange nicht zugelassen, bis die Einwohnerversorgung mit Brennholz verorgt ist.

Da es aber manchen Familien schwer fallen wird, die jetzigen hohen Holzpreise zu zahlen, sollen an diese Familien je 2 Stk. Derbrennholz zum Kaufpreis von 40 Mark abgegeben werden. Anmeldungen für den Bezug dieses Holzes sind bis Montag, den 29. ds. Mts. im Rathaus — Oberstadtkreis — zu machen. Dieses Holz muß aber im eigenen Haushalt der damit bedachten Familien verwendet und darf nicht weiter verkauft werden. Weiter müssen die sich mehrgliedrigen Personen die Erklärung abgeben, daß sie der mit der Verteilung des Brennholzes gewählten Kommission die Nachprüfung des Vorrats an Holzstoffen gestatten.

Bad Ems, den 16. Dezember 1919.

Der Magistrat.

Achtung!

Kaufe jede Menge altes
Eisen pro 3tr. 28.— Mf.
Gusseisen pro 3tr. 40.— Mf.
Wilh. Hermann, Bad Ems, Silberstr. 1.

Zu verkaufen:

1 ruh. pol. Büfett, 1 Garderobenständer, 1 Kochkessel, 2 Blumentische, 1 Toybank, 1 Waschmaschine mit Gasofen, 1 Typisch, 1 Rohrpapp, 4 Fenstermittel, 1 dunkelrote Wollportiere, 1 Petroleumheiz., 1 Petroleumlochofen, 1 Kronleuchter für Gas, 2 Gaslampen, 1 elektr. Heizofen, 2 Vogelscheibe, 1 Metallkoffer Höheplatten, 1 gr. Schuhfach, 5 grüne Fensterjalusien, 2 Glascheiben Beatisator, 1 Fußbadewanne, 1 Bidet, versch. Haushaltungssachen, sowie einige gr. u. kl. Kisten.

942
Ems, Lahnstraße 36 I.

Dr. Zimmermann'sche Kaufmann. Privatstube

Coblenz,
Inh. CARL HACKE,
beleidigter Bücherrevisor.

Am 8. Jan. beginnen
Halbjahrskurse
für Herren und Damen.
Näheres d. Prospe. Ausk.
im Schulhause
Hohenzollernstraße 148.
Fernspr. 1440.

Handschrift deutet
ausführlich 1 — Werk.
Graphologe Schneeweiß,
879 Berlin, Giselastr. 19.

Amerikanische und englische Zigaretten

in reicher Auswahl.
Billigste Bezugssquelle für
Wiederverkäufer.

Wilh. Müller,
Diez, Altstadtstraße 20.

Schulranzen

(Mittelwerke) zu verkaufen (1919)

Coblenzerstr. 8, Ems.

1 gebr. Kinderwagen, 1
Kinderstühlchen, 1 Schlitten,
1 Puppenwagen, 1 Kauf-
laden, 2 Puppenzimmer, 1
kompl. Puppen-Schlafzim-
mereinrichtung, 1 Liebeslände
und andere Sachen zu ver-
kaufen.

(1919)
Römerstraße 67, Ems.

Fast neuer blauer Rock,
weiße Bluse und mehrere Klei-
dungsstücke preiswert zu ver-
kaufen. Eintrachtstraße 2 II,
Bad Ems. 1919

Gefüllter
Oven mit Rohr
zu verkaufen.

Junges Mädchen
oder Frau für leichte Haushalt
dormitosa erlaubt.

Darmstädter Hof, Ems.

1919

Gefüllter
Oven mit Rohr
zu verkaufen.

Coblenzerstr. 42, Ems.

1919

Gefüllter
Oven mit Rohr
zu verkaufen.

Coblenzerstr. 42, Ems.

1919

Gefüllter
Oven mit Rohr
zu verkaufen.

Coblenzerstr. 42, Ems.

1919

Gefüllter
Oven mit Rohr
zu verkaufen.

Coblenzerstr. 42, Ems.

1919

Gefüllter
Oven mit Rohr
zu verkaufen.

Coblenzerstr. 42, Ems.

1919

Gefüllter
Oven mit Rohr
zu verkaufen.

Coblenzerstr. 42, Ems.

1919

Gefüllter
Oven mit Rohr
zu verkaufen.

Coblenzerstr. 42, Ems.

1919

Gefüllter
Oven mit Rohr
zu verkaufen.

Coblenzerstr. 42, Ems.

1919

Gefüllter
Oven mit Rohr
zu verkaufen.

Coblenzerstr. 42, Ems.

1919

Gefüllter
Oven mit Rohr
zu verkaufen.

Coblenzerstr. 42, Ems.

1919

Gefüllter
Oven mit Rohr
zu verkaufen.

Coblenzerstr. 42, Ems.

1919

Gefüllter
Oven mit Rohr
zu verkaufen.

Coblenzerstr. 42, Ems.

1919

Gefüllter
Oven mit Rohr
zu verkaufen.

Coblenzerstr. 42, Ems.

1919

Gefüllter
Oven mit Rohr
zu verkaufen.

Coblenzerstr. 42, Ems.

1919

Gefüllter
Oven mit Rohr
zu verkaufen.

Coblenzerstr. 42, Ems.

1919

Gefüllter
Oven mit Rohr
zu verkaufen.

Coblenzerstr. 42, Ems.

1919

Gefüllter
Oven mit Rohr
zu verkaufen.

Coblenzerstr. 42, Ems.

1919

Gefüllter
Oven mit Rohr
zu verkaufen.

Coblenzerstr. 42, Ems.

1919

Gefüllter
Oven mit Rohr
zu verkaufen.

Coblenzerstr. 42, Ems.

1919

Gefüllter
Oven mit Rohr
zu verkaufen.

Coblenzerstr. 42, Ems.

1919

Gefüllter
Oven mit Rohr
zu verkaufen.

Coblenzerstr. 42, Ems.

1919

Gefüllter
Oven mit Rohr
zu verkaufen.

Coblenzerstr. 42, Ems.

1919

Gefüllter
Oven mit Rohr
zu verkaufen.

Coblenzerstr. 42, Ems.

1919

Gefüllter
Oven mit Rohr
zu verkaufen.

Coblenzerstr. 42, Ems.

1919

Gefüllter
Oven mit Rohr
zu verkaufen.

Coblenzerstr. 42, Ems.

1919

Gefüllter
Oven mit Rohr
zu verkaufen.

Coblenzerstr. 42, Ems.

1919

Gefüllter
Oven mit Rohr
zu verkaufen.

Coblenzerstr. 42, Ems.

1919

Gefüllter
Oven mit Rohr
zu verkaufen.

Coblenzerstr. 42, Ems.

1919

Gefüllter
Oven mit Rohr
zu verkaufen.

Coblenzerstr. 42, Ems.

1919

